

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXX/122

2. Juli 1975

Alle Argumente sprechen dagegen!

Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung weder sozial noch zweckmäßig

Von Eugen Glombig MdB  
Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-  
Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 76 Zeilen

Raumordnung auf der Strauß-Linie

Exempel für die Durchdringungskraft der CSU in der Union

Von Dr. Olaf Schwegcke MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für Raumordnung,  
Bauwesen und Städtebau

Seite 3 und 4 / 70 Zeilen

Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Vietnams Weg in die Zukunft

Von Egon Lutz MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und  
Soziales

Seite 5 und 6 / 63 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Neussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressnhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 32 80 37 - 38  
Telex: 04 88 848 - 48 pbbnd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 100-112, Telefon: 37 05 11

Alle Argumente sprechen dagegen !

Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung weder sozial noch zweckmäßig

Von Eugen Glombig MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Selbstbeteiligung in der gesetzlichen Krankenversicherung ist ein altes Thema, das jetzt nur neu aufgewärmt wurde. Bereits zu Ende der 50er und zu Beginn der 60er Jahre, als der Versuch von CDU und CSU, eine solche Selbstbeteiligung einzuführen, nicht zuletzt am Widerstand der SPD scheiterte, ist dieses Thema erschöpfend behandelt worden. Schon damals hat die Diskussion bei allen Einsichtigen zu dem Erkenntnis geführt, daß die Selbstbeteiligung weder gesundheits- und sozialpolitisch vertretbar noch als Mittel zur Kostendämpfung überhaupt erfolgversprechend ist. Es entbehrt nicht der Ironie, daß der Arbeitnehmerflügel der CDU heute nur die FDP an diese keineswegs neuen Erkenntnisse erinnert; denn weder die Arbeitgeberverbände noch der stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, von Weizsäcker, haben sich davon abhalten lassen, erneut die Forderung nach Selbstbeteiligung aus der "sozialpolitischen Rumpelkammer" hervorzuholen. Auch die CSU läßt in ihrem jüngst vorgelegten Positionspapier Sympathien für eine Selbstbeteiligung erkennen. Es ist daher leider kaum zu hoffen, daß der weitgehend ohnmächtige Arbeitnehmerflügel der CDU sich mit seiner in diesem Punkt abweichenden Meinung durchsetzen wird.

Hier seien nochmals die wichtigsten Argumente gegen eine Selbstbeteiligung dargestellt:

1/ Es kann als gesichertes Erkenntnis gelten, daß durch eine Selbstbeteiligung die Kosten der Gesundheitsversicherung nicht verringert, sondern lediglich von den Krankenkassen auf die Privathaushalte verlagert werden würden.

2/ Durch die Selbstbeteiligung wird sowohl die gerechtfertigte als auch die ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Kassenleistungen, die übrigens beide nur mit Hilfe des Arztes möglich sind, finanziell bestreft. Dadurch wird die Gefahr heraufbeschworen, daß die Versicherten auf Kosten ihrer und der Gesundheit ihrer Familienangehörigen sparen. Volkswirtschaftlich würde das auf lange Sicht gesehen keine Kostensenkung, sondern eine Kostensteigerung bedeuten. Nun wird in diesem Zusammenhang häufig die Erwartung geäußert, daß sich eine Selbstbeteiligung gesundheitspolitisch besonders günstig auswirken müßte, weil sie die Versicherten zu verstärkter Vorsorge veranlassen würde. Das aber ist außerordentlich fraglich. In vielen Fällen - z.B. bei rechtzeitigem Besuch des Arztes oder Zahnarztes - würde die Vorsorge dazu führen, daß der Versicherte einen eigenen Beitrag aus seiner Tasche leisten muß. Da er dies zu vermeiden suchen wird, dürfte die Vorsorgebereitschaft des Versicherten und seiner Familienangehörigen durch eine

Selbstbeteiligung über seine eigene Beitragsleistung hinaus eher verringert werden.

3/ Eine Selbstbeteiligung ist untrennbar mit einer Einkommensumverteilung verbunden. Auf der einen Seite würden die Beitragssätze der Krankenkassen sinken können, andererseits würden im Falle der Krankheit zusätzliche Aufwendungen für den Privathaushalt erforderlich werden. Dadurch würden die Gesunden entlastet und die Kranken belastet werden. Dieser Vorgang bewirkt aber nicht nur eine Einkommensverteilung zu Lasten der Kranken und zu Gunsten der Gesunden, sondern auch zu Lasten der Geringverdienenden und zu Gunsten der Höherverdienenden; denn die Herabsetzung der Beitragssätze entlastet die höheren Einkommen um einen größeren DM-Betrag als die niedrigeren Einkommen. Die im Krankheitsfall einsetzende Selbstbeteiligung würde jedoch unabhängig vom Einkommen des Versicherten für alle gleich hoch sein müssen, wenn man einen kostspieligen Verwaltungsaufwand vermeiden will. Der Effekt: Die Einführung einer Selbstbeteiligung wirkt sich um so ungünstiger aus, je niedriger das Einkommen ist, und umgekehrt. Das aber widerspricht dem Grundsatz der Solidarität in der sozialen Krankenversicherung.

4/ Es sprechen alle bisherigen praktischen Erfahrungen mit der Kostenbeteiligung im Krankheitsfall, die im Ausland gemacht worden sind, gegen die Einführung eines solchen Systems. So macht man sich in Frankreich z.B. erhebliche Sorgen um die Steigerung der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für Arzneimittel. Diese Kosten steigen dort gegenwärtig um rd. 14 vH je Jahr, obwohl die französischen Versicherten zwischen 20 und 30 vH der Arzneimittelkosten aus eigener Tasche zahlen müssen. Aber auch in der privaten Krankenversicherung, in der seit eh und je die Selbstbeteiligung eine große Bedeutung hat, sind ähnlich hohe Kostensteigerungen wie in der gesetzlichen Krankenversicherung zu verzeichnen.

Letztlich beruht der Gedanke der Selbstbeteiligung auf dem Irrtum, daß dem Versicherten als medizinischem Laien die Verantwortung dafür aufgebürdet werden könne, über die Ernsthaftigkeit einer Erkrankung selber zu entscheiden. Diese Verantwortung muß jedoch dort bleiben, wo sie hingehört: nämlich bei den Ärzten.

Bereits vor 15 Jahren, am 17. Februar 1960, hatte Prof. Ernst Schellenberg den Befürwortern der Selbstbeteiligung im Deutschen Bundestag unmißverständlich gesagt: "Deshalb betrachten wir es, um es deutlich zu sagen, als eine Anmaßung, Millionen pflichtbewußter Menschen durch Selbstbeteiligungen zu einem selbstverantwortlichen Handeln erziehen zu wollen. Es ist eine schlechte Sache, ausgerechnet am Krankenbett die Erziehung zum selbstverantwortlichen Handeln betreiben zu wollen. Damit muß man anderswo anfangen."

Diese Feststellung hat auch heute noch ihre Gültigkeit.

(-/2.7.1975/ks/ee)

+ + +

### Raumordnung auf der Strauß-Linie

Exempel für die Durchdringungskraft der CSU in der Union

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Mitglied des Bundestagesausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Es ist bedauerlich, daß sich offensichtlich die bayerische CSU innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nun auch im Bereich der Raumordnungspolitik durchgesetzt hat. Ein nebensächlicher Anlaß - die Verschiebung der Beratungen des Bundesraumordnungsprogramms im Haushaltsausschuß in der letzten Woche vor den Parlamentsferien, nachdem selbst der federführende Fachausschuß weder Bundesraumordnungsbericht noch Bundesraumordnungsprogramm diskutierte - wurde zu einem raumordnerischen Politikum hochgestapelt. Die CDU/CSU-Fraktion ließ durch ihren Pressesprecher mitteilen, daß der CDU-Abg. Hans-Peter Schmitz den "vorgelegten Bundesraumordnungsbericht... in wesentlichen Punkten als unzureichend und unbrauchbar (bezeichnete)".

Zu diesem Resultat "muß man" laut Schmitz kommen. Warum wohl? Die ganze Begründung summiert er unter zwei Punkten: "Die derzeit gültige Zielstruktur muß in wesentlichen Bereichen als unkoordiniert und widersprüchlich bezeichnet werden." (1) Und: "Die Zielstruktur und die tatsächlichen Entwicklungsabläufe harmonisieren nur in Teilbereichen miteinander." (2) Raumordnungspolitiker hören solche "Erkenntnisse" nicht zum ersten Mal. Bis in die einzelnen Formulierungen hinein werden damit die raumordnungspolitischen Destruktionen der CSU wiederholt. Die das Bundesraumordnungsprogramm ablehnenden Voten der Vertreter des Freistaates Bayern und des Landes Baden-Württemberg auf der abschließenden Raumordnungsministerkonferenz klangen ganz genauso. Nur: Durch Wiederholung wird Unzutreffendes freilich nicht richtiger.

Einmal davon abgesehen, daß beim CDU/CSU-Pressesprecher vermutlich Ignoranz in Sachen Raumordnung der Grund für die Vermengung von Raumordnungsbericht und Raumordnungsprogramm war - das kann im Eifer des demonstrativen Gefächts für die bayerische Stiefschwesterpartei schon einmal passieren -, entsprechen die von dem CDU-Abg. Schmitz genannten "Ziele" nicht der Intention der Vorlage. Gerade das Bundesraumordnungsprogramm stellt instrumentell die Weichen für künftige Fachplanungen natürlich auch der Ressorts, indem es Regeln für die räumliche und zeitliche Vergabe von öffentlichen Mitteln definiert. Selbst ein flüchtiger Blick auf dem 74er Raumordnungsbericht macht

das sehr deutlich: Dieser Bericht, materialiter sehr wesentlich auf das Bundesraumordnungsprogramm bezogen, ist der beste Beleg für diese Notwendigkeit raumordnerischer Koordination.

Die CDU-Bundestagskollegen werden sich ernsthaft fragen lassen müssen, auf wen denn ihre Erklärung - außer auf den über alles "geeigneten Kandidaten", an dessen "Bewertung" man "festhält" (gemeinsame Erklärung vom 19. Juni 1975) - Eindruck machen könnte: vielleicht auf die Landesregierungen von Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, die dem von Bundesminister Ravens vorgelegten Bundesraumordnungsprogramm vor wenigen Monaten zugestimmt haben?

Dieses für die Bundesrepublik und für Europa erste umfassende raumordnerische Gesamtprogramm erwartet nun seine politischen Folgen. Bundes- und Landespolitiker werden den fünften Raumordnungsbericht, den die Bundesregierung aufgrund des Raumordnungsgesetzes von 1965 alle zwei Jahre vorzulegen hat (eine flexiblere Handhabung sollte künftig möglich sein!) und der erstmals unter veränderten Wachstumsprognosen bei Wirtschaft und Bevölkerung zur räumlichen Entwicklung erstellt wurde, auch als Hilfe für eine künftig notwendige Fortschreibung des Bundesraumordnungsprogramms auswerten müssen. Zunächst steht allerdings die Erprobung des Bundesraumordnungsprogramms mit seinem Instrumentarium an. Um der Verwirklichung von gleichwertigen Lebensbedingungen in allen Teilen der Bundesrepublik zu genügen, sollten auch die CDU-regierten Länder zur notwendigen Koordination bereit sein. Die bayerische CDU-Obstruktion wird sich für kein Land auszahlen!

Es wäre für die notwendige raumordnungspolitische Zusammenarbeit von Bund und Ländern nützlicher, wenn man, statt fadenscheinig zu argumentieren und ohne erkennbaren sachlichen Grund zu polemisieren, auf der Basis von wirtschaftlichen Daten und gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen das Bundesraumordnungsprogramm realisieren helfen würde. Da die vorhandenen Ressourcen knapper werden, der Bevölkerungszuwachs geringer wird und das gesellschaftspolitische Bewußtsein der Bevölkerung durchaus nicht unterentwickelt ist, wird Raumordnung wichtiger denn je. Es kann den Oppositions-Politikern nicht entgangen sein, daß die Ziele eines Bundesraumordnungsprogramms, die das Bundeskabinett am 23. April verabschiedete und der Bundestag seinen Ausschüssen am 4. Juni überwies, für alle demokratischen Parteien ein Beleg sind für konstruktive Politik.

(-/2.7.1975/bgy/e)

+ + +

Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Vietnam Weg in die Zukunft

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales

Den nachhaltigsten Eindruck vermittelt einem Besucher Nordvietnams heute der Wiederaufbau-eifer des Volkes. Da wird mit unzulänglichem Material und Gerät und unter nach wie vor sehr schwierigen Bedingungen Haus für Haus, Fabrik für Fabrik, Schule für Schule wieder hochgezogen. Dabei haben der Bau von Produktionsstätten und Schulen Priorität vor anderen Aufbauprojekten. Die Ergebnisse der rastlosen Bemühungen sind überall sichtbar: sie zeigen, zu welchen wirtschaftlichen Leistungen dieses Volk fähig ist.

Westliche Beobachter im Lande sparen denn auch nicht mit Lob, wenn sie von den Anstrengungen der Vietnamesen reden. Übereinstimmend ist zu hören, daß Vietnam jetzt nach Kriegsende und angesichts der langsamen Annäherung beider Landesteile in eine neue Phase seiner Entwicklung getreten sei. In zehn bis fünfzehn Jahren werde der Staat die führende Wirtschaftsmacht in Südostasien sein, prophezeien die Beobachter. Und Meinungsverschiedenheiten gibt es eigentlich nur über das Tempo der Entwicklung, nicht über das prognostizierte Resultat.

Die Voraussetzungen für den Wirtschaftsaufschwung sind trotz der verheerenden Zerstörungen nicht ungünstig. Der Norden hat wichtige Rohstoffe wie Kohle und Stahl, hat eine das Land versorgende Landwirtschaft und ein Industriearbeiterpotential, das jetzt zumindest die Zahl der vorhandenen qualifizierten Arbeitsplätze übersteigt. Der Süden bietet alle Voraussetzungen für eine kräftige Expansion der landwirtschaftlichen Produktion, sobald die Schwierigkeiten der nächsten zwei bis drei Jahre überwunden sein werden.

Es ist bestechend, mit welchen klaren Vorstellungen die Vietnamesen an den Wiederaufbau ihres Landes gehen. Im Süden, so sagen sie, komme es darauf an, aus einer Konsumgesellschaft, die ohne ständige Waren- und Kapitalzufuhr aus den Vereinigten Staaten nicht existieren konnte, eine Produk-

tionsgesellschaft zu entwickeln, die sich selbst trägt. Das werfe zwar viele Probleme auf, aber die Aufgabe sei lösbar. Man müsse sechs bis sieben Millionen Arbeitslose wieder in die Produktion eingliedern und man müsse aus den Zentren des Südens das Millionenheer der Flüchtlinge zurück in die Dörfer führen.

Nordvietnam hat fünfzehn Jahre gebraucht, um den Analphabetismus zu überwinden. Auch heute hat die Volksbildung einen hohen Stellenwert. Das heißt Konsumverzicht in einem Volk, in dem sich jeder Dritte im schulpflichtigen Alter befindet. Die Probleme des Südens werden von offizieller Seite so definiert: 1/ komme es darauf an, die Demokratisierung zu vollenden, 2/ müsse man den Hunger bekämpfen und 3/ sei der Analphabetismus ein Hauptfeind.

Gesamtvietnam wird seinen Wiederaufbau nicht ohne fremde Hilfe zügig vorantreiben können. Das Land braucht know how, technisches Gerät und zinsgünstige Kredite. Allerdings bietet es auch die Gewähr, daß die eingeräumte Hilfe nicht in ein Faß ohne Boden rinnt. Die Bedarfslisten der Vietnamesen sind lang. Heute stehen noch medizinische Einrichtungen, stehen Nahrungsgüter und Medikamente mit auf der Liste - aber es folgen Baustahl und Zement, Hacken und Spaten, ganze Industrieanlagen und die Bitte um Expertenteams für den Aufbau der Produktion.

Angesichts der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung und des Entstehens eines neuen wichtigen Partners in Südostasien ist das Interesse an geregelten Beziehungen und die Bereitschaft zur Hilfe ausgeprägter als man bei uns vermuten möchte. Viele Länder suchen den Kontakt zu Hanoi und zu den neuen Männern in Saigon. Ost und West und neutrale Staaten stehen im Wettbewerb. Eine Fülle von Delegationen verschafft sich einen Überblick über die gegebene Situation und bahnt wirtschaftliche und politische Beziehungen an.

Im Blick auf die Zukunft müßte es auch für die Bundesrepublik von Interesse sein, neue Beziehungen zu Vietnam zu knüpfen. Erste Gespräche mit Saigon und Hanoi wurden geführt. Es scheint an der Zeit zu sein, die Bemühungen um eine Normalisierung zu intensivieren. Man hat den Eindruck, daß auch die vietnamesischen Partner an einem Ausbau der Kontakte interessiert sind. Sie meinen allerdings, jetzt sei es an Bonn, den nächsten Schritt zu tun.

(-/2.7.1975/ka/ea)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller